

XXIV. GP.-NR

15427/J

04. Juli 2013**ANFRAGE**

**der Abgeordneten Ing. Lugar, Hagen
Kollegin und Kollegen
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend US-Spionage – aus der Sicht österreichischer Ministerien**

Der amerikanische Botschafter wurde aufgrund der Spitzelaffäre am 1.7. 2013 ins Außenministerium zu Minister Spindelegger einberufen, um zur aktuellen Abhörffäre Stellung nehmen. Sollten sich US-Spionagevorwürfe, wie sie gegenwärtig für zahlreiche EU-Staaten bestehen, auch für Österreich bestätigen, hätte dies einen tiefen Riss in den Beziehungen zwischen den USA und Österreich zu Folge. Dies erklärte Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) dazu dann noch Montagabend im ZIB2-Interview des ORF.

US-Botschafter William Eacho habe ihm in dem Gespräch am Montagabend konkrete Antworten auf die bereits vor drei Wochen von Innenministerin Mikl-Leitner überreichten 16 Fragen zur US-Abhörffäre zugesichert. Er erwarte sich nun "möglichst rasch, binnen Tagen" eine Antwort und Klarheit darüber, ob US-Abhöraktionen in Österreich tatsächlich ausgeschlossen werden können. "Damit wir nicht wieder überrascht werden, von irgendwelchen Enthüllungen", so der Außenminister.

Anders sieht US-Botschafter Eacho dieses Zusammentreffen. Er verweist auf bestehende Abkommen. Ein Anruf von Außenminister Spindelegger bei der Innenministerin zeigt auf, diese weiß hier von nichts.

Durchaus als Zusammenarbeit zu bezeichnen ist wohl die Verbindung zwischen dem Landesverteidigungsministerium und der „National Security Agency“ (NSA) in der Kaserne Zeltweg, in der die Eurofighter stationiert sind. Offensichtlich haben amerikanische Staatsangehörige Zutritt zu diesem militärischen Stützpunkt und unterhalten dort auch ihre Büros.

Landesverteidigungsminister Klug nimmt diese Situation, die er bei seinem Amtsantritt übernommen hat, gelassen, wie auch Berichte aus den eilig einberufenen geheimen Unterausschüssen zeigen. Auf die direkte Frage nach eventuellen bestehenden Überwachungsabkommen zwischen den USA und Österreich (Heeresnachrichtenamt) verweist er sogar seelenruhig auf bestehende Abkommen.

Das österreichischen Innenministerium hingegen weiß von all dem nichts und Ministerin Mikl-Leitner wartet noch immer auf die Antwort auf eine vor Wochen gestellte Anfrage an die US-Botschaft im Zusammenhang mit Überwachungsprogrammen des US-Geheimdienstes NSA und der Gefährdung österreichischer personenbezogener Daten. Offensichtlich zeigt sich in diesem Zusammenhang auch, dass die verschiedenen Geheimdienst in Österreich, die auch noch unterschiedlichen Ministerien zugeordnet sind, keinerlei Kontakt und Austausch miteinander pflegen.

Um die interministerielle Zusammenarbeit bzw. den erfolgten Informationsaustausch für möglicherweise von der Weitergabe personenbezogener Daten betroffene Bürger transparent zu machen stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres nachstehende

ANFRAGE:

1. Wie ist es möglich, dass es offensichtlich Abkommen zwischen dem Landesverteidigungsministerium (Heeresnachrichtenamt) und anderen Staaten gibt von denen Sie nichts wissen, oder haben Sie davon Kenntnis, wenn ja, welche?

2. Wie beurteilen Sie das Ausmaß der derzeit bekannten gewordenen Abhör- und Spitzelaffäre?
3. Welche Auswirkungen haben solche heeresnachrichtlichen Informationstätigkeiten auf die Sicherheit österreichischer personenbezogener Daten aus Ihrer Sicht?
4. Welche Auswirkungen hat die Weitergabe personenbezogener Daten Ihrer Meinung nach auf österreichische Firmen und die österreichische Wirtschaft?
5. Welche Maßnahmen planen Sie konkret in dieser Angelegenheit zu tun und wie haben Sie vor,
 - a. die österreichische Bevölkerung
 - b. direkt betroffene Bürger
 - c. betroffene Firmen und /oder Wirtschaftstreibende zu informieren?
6. Welche Maßnahmen setzen Sie, um solche Vorkommnisse in Zukunft generell zu verhindern?
7. Wie erfolgt die Zusammenarbeit Ihres Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) mit dem Heeresnachrichtenamt des Landesverteidigungsministers?
8. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit Ihres Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) mit dem Heeresnachrichtenamt des Landesverteidigungsministers in Angelegenheit der interministeriellen Kommunikation speziell?



www.parlament.gv.at